

**Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung  
gemäß § 46 Abs. 2 GO LT**

Abgeordnete Stefan Marzischewski-Drewes, Vanessa Behrendt, Delia Klages und Stephan Bothe (AfD)

**Remonstrationen von und disziplinarrechtliche Maßnahmen gegen Beamte in Niedersachsen im Zusammenhang mit der Covid-19-Krise**

Anfrage der Abgeordneten Stefan Marzischewski-Drewes, Vanessa Behrendt, Delia Klages und Stephan Bothe (AfD) an die Landesregierung, eingegangen am 21.11.2024

Laut Artikel 20 Abs. 3 des Grundgesetzes ist sowohl die Verwaltung als auch jeder Beamte an Recht und Gesetz gebunden. Damit tragen Beamte für die Rechtmäßigkeit ihrer dienstlichen Tätigkeit die volle Verantwortung, sind gleichzeitig aber auch verpflichtet, dienstliche Anordnungen und Weisungen ihrer Vorgesetzten zu befolgen. Das kann in der Praxis zu Konflikten führen, die über Remonstrationsverfahren gelöst werden können.

Dazu wird in § 36 Abs. 2 Sätze 1 bis 3 des Beamtenstatusgesetzes (BeamtStG) ausgeführt: „Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit dienstlicher Anordnungen haben Beamtinnen und Beamte unverzüglich auf dem Dienstweg geltend zu machen. Wird die Anordnung aufrechterhalten, haben sie sich, wenn die Bedenken fortbestehen, an die nächst höhere Vorgesetzte oder den nächst höheren Vorgesetzten zu wenden. Wird die Anordnung bestätigt, müssen die Beamtinnen und Beamten sie ausführen und sind von der eigenen Verantwortung befreit.“

In § 36 Abs. 3 Satz 2 BeamStG wird ergänzend festgelegt: „Die Anordnung ist durch die anordnende oder den anordnenden Vorgesetzten schriftlich zu bestätigen, wenn die Beamtin oder der Beamte dies unverzüglich nach Ausführung der Anordnung verlangt.“

Im Zusammenhang mit der Covid-19-Krise ergeben sich daraus u. a. folgende Fragen:

1. Wie viele Remonstrationen gab es zu Anordnungen von Maßnahmen und deren Durchsetzung in Niedersachsen? Bitte aufschlüsseln für die Jahre 2020 bis 2022 für folgende Gruppen:
  - a) insgesamt,
  - b) Polizei,
  - c) Feuerwehrtechnischer Dienst,
  - d) (verbeamtete) Lehrkräfte.
2. Wie viele Verstöße gegen Anordnungen und Maßnahmen im Rahmen der Covid-19-Krise führten zu dienstrechtlichen Konsequenzen? Bitte aufschlüsseln für die Jahre 2020 bis 2022 für folgende Gruppen:
  - a) insgesamt,
  - b) Polizei,
  - c) Feuerwehrtechnischer Dienst,
  - d) (verbeamtete) Lehrkräfte.
3. Wie viele Anzeigen gab es in Niedersachsen gegen erlassene Anordnungen und Maßnahmen im Zusammenhang mit der Covid-19-Krise, und wie wurde durch die Staatsanwaltschaften und Gerichte jeweils entschieden (bitte jeweils den wesentlichen Inhalt der Anzeige und der Entscheidung darstellen)?